

## Außenansicht

Das Volk in Frankreich und den Niederlanden wurde befragt, und es hat das Todesurteil über die europäische Verfassung gesprochen. Hoffnungen auf eine EU-Mitgliedschaft der Türkei sind auf Null gesunken, und es wird schwierig werden, demnächst Fortschritte bei der Aufnahme der Balkanländer in die EU zu erzielen.

Die Zeit ist reif dafür, Europa so zu sehen, wie es ist. Die aktuelle Krise bedeutet keineswegs, dass es mit der Union bergab geht oder dass sie im Chaos versinkt. Im Gegenteil: Durch die Krise rückt Europas Stabilität und Legitimation ins Blickfeld. Den größten Fehler begingen die Architekten des europäischen Verfassungsvertrags nicht bei der Festlegung seines Inhalts. Sie irrten sich im Stil und in der Einschätzung seiner Symbolik. Viele der bescheidenen Reformen im Verfassungsvertrag stimmten mit den Wünschen und Vorstellungen der europäischen Bevölkerung überein. Doch führende Persönlichkeiten Europas vereitelten pragmatische Kompromisslösungen, indem sie die Reformen zu einer großen Affäre aufbauschen. Da war von einer Erneuerung der Verfassung ebenso die Rede wie von der Demokratisierung der EU.

Wenn Historiker dereinst zurückblicken, werden sie sehen, dass die Referenden nicht das Ende der EU, nicht einmal der Anfang von ihrem Ende gewesen

## Außenansicht

## Für ein Europa ohne Illusionen

Von Andrew Moravcsik

sind. Stattdessen werden die Historiker erkennen, dass die idealistische europäische Föderalismusidee hier in ihren letzten Zügen lag. Sie war Mitte der 1940-er Jahre entstanden und strebte über eine „immer engere Union“ als Endziel die Gründung der Vereinigten Staaten von Europa an. Nun ist es also Zeit anzuerkennen, dass die EU die Nationalstaaten weder ersetzen wird noch dass sie auf die gleiche Weise demokratisch legitimiert sein kann. Der jetzige Zustand mit seinem stabilen Gleichgewicht zwischen Brüssel und den Hauptstädten der Mitgliedstaaten sollte uns erhalten bleiben.

Erstaunlich ist, dass relativ wenig direkte Kritik an der Verfassung geübt wurde, dass die EU-Politik nicht auf grundsätzliche Einwände gestoßen ist – und

vor allem, dass keine Alternativvorschläge für Reformen gemacht wurden. All dies beweist, dass das EU-System auf einer soliden Grundlage steht. Seit dem Fall der Berliner Mauer hat die EU die erfolgreichste Periode ihrer Geschichte durchlaufen. Sie hat den Binnenmarkt geschaffen, den Euro und eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik eingeführt. Die EU-Erweiterung lief erstaunlich reibungslos ab. Sie erwies sich als kostengünstiges westliches Instrument der weltweiten Förderung von Demokratie und Sicherheit. Kurz, die EU scheint ohne Aufhebens einen stabilen Verfassungskompromiss erreicht zu haben.

Worin besteht dieser Kompromiss? Die Beschlüsse der EU sind bindend in den Bereichen Handel, Landwirtschaft, Fischerei und Finanzpolitik in der Euro-Zone. Außerdem trägt die EU durch ihre Koordination zur Zusammenarbeit der Nationalstaaten in der Außenpolitik bei. Anders, als aus Statistiken oft hervorgeht, nimmt die EU nur in etwa zwanzig Prozent der Entscheidungen Einfluss auf die nationale Gesetzgebung. Den nationalen Regierungen bleibt genügend Spielraum für eine eigenständige Sozialpolitik. Einen Kompromiss stellt der Verfassungsvertrag auch in Hinblick auf die Institutionen dar. Der Verfassungsvertrag sollte die Effektivität und die Transparenz der EU leicht verbessern, ohne ihre Grundstruktur zu verändern: Das Europäische Parlament sollte mehr Mitspra-

cherechte erhalten; die nationalen Parlamente sollten eine Beratungs- und Aufsichtsfunktion übernehmen; die turnusmäßige Rotation der Ratspräsidentenschaft wäre abgeschafft worden; die Stimmrechte wären angepasst worden, damit große Länder sich gerechter vertreten fühlen; für die Koordination der Außenpolitik war ein europäischer Außenminister vorgesehen. All dies ergab einen multinationalen Kompromiss, der die Interessen von großen wie kleinen Ländern berücksichtigt hätte, von linken wie von rechten Parteien, von Europhilen wie Euroskeptikern. Die Reformen fanden breite Unterstützung in den Mitgliedstaaten und stießen bei den Debatten vor den Referenden nicht auf ernstem Widerspruch.

Es war also nicht der Inhalt des Verfassungsvertrags, gegen den sich die Voten richteten. Was zum Widerspruch reizte, war vielmehr die Form, der idealistische Aspekt dieser Verfassung. Das Dokument war eine unnötige Public-Relations-Übung. Sie ging von der Vorstellung aus, dass die EU durch mehr Demokratie und die Bekräftigung des europäischen Ideals größere Legitimation erlangen könnte. Die EU sollte ihre Daseinsberechtigung nicht mehr allein aus Handel, Wirtschaftswachstum und Verordnungen ableiten, sondern politischer und demokratischer werden. Man malte sich aus, Millionen Europäer würden im Internet leidenschaftlich über die Bedeutung

## München Seite 2 / Bayern Seite 2 / Deutschland Seite 2

Europas diskutieren. Doch die Verfassungsdebatten rüttelten die Europäer nicht auf. Es kam wenig Unterstützung aus dem Volk oder von den Eliten für eine demokratische Reform, die über die bescheidenen Zuwächse an Kontrolle durch die nationalen Parlamente und das EU-Parlament hinausgeht, die der Verfassungsvertrag ohnehin vorsieht. Daran ist nichts auszusetzen, da es keine oder kaum „Demokratie-Defizite“ in der EU gibt. Von Idealvorstellungen abgesehen, ist die EU so transparent und ehrlich wie ihre Mitgliedstaaten.

Wenn den Wählern eine unübersichtliche Debatte über eine Institution zugemutet wird, die sich mit trockenen theoretischen Fragen befasst, wirkt sich dies zwangsläufig auf die Sachlichkeit der Auseinandersetzung aus. Da die politische Elite bei der Verteidigung der Verfassung wenig Konkretes anzubieten hatte, sah sie sich genötigt, mit Begriffen



Andrew Moravcsik leitet das EU-Programm an der Princeton University. (©2005, Prospect Magazine. Distributed by The New York Times Syndicate. Foto: privat)

aus der Mottenkiste der 50er Jahre, mit ihrem Europa-Idealismus für ihr Anliegen zu werben. Wen wundert es da, dass sie von Populisten mit Begriffen wie Klasse, Nation und Rasse (sowie mit Übertreibungen des Geschehens in der EU) ausgestochen wurde.

Nach dem Debakel müssen die Europapolitiker nun einen konstruktiven Weg nach vorn finden. Auf das Dokument als solches muss verzichtet werden. Die EU sollte zu ihrer erfolgreichen Tradition pragmatischer Reformen zurückkehren. Die EU-Mitgliedschaft der Türkei gehört nicht mehr auf die Agenda, doch das wäre wahrscheinlich auch ohne die Referenden so gekommen. Die Politiker müssen dies zugeben. Nur so ist die Aufnahme der Balkanstaaten noch möglich. Vor allem sollten die europäischen Politiker anerkennen, dass die EU längst über eine stabile verfassungsmäßige Ordnung verfügt. Diese Ordnung, durch die Fragen, die den Bürgern viel bedeuten, weiterhin von den Nationalstaaten entschieden werden, und Fragen, die sie weniger sorgen oder in denen ein Konsens besteht, an Institutionen mit indirekter Demokratie delegiert werden, wird von den Bürgern hoch geschätzt. Diese Ordnung hat nun einen Reifegrad erlangt, bei dem sie ihre Erfolge nicht mehr ständig dadurch legitimieren muss, dass sie sich weiter entwickelt. Zurückbleiben müssen diejenigen, die weiterhin von einer „immer engeren Union“ als Endziel träumen.